

Germany-Landau: Architectural, engineering and planning services

OJ S 49/2020 10/03/2020

Contract notice**Services****Legal Basis:**

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Land Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Ministerium der Finanzen, vertreten durch den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung, Niederlassung Landau, vertreten durch die Niederlassungsleitung

Postal address: Untertorplatz 1

Town: Landau

NUTS code: DEB33 Landau in der Pfalz, Kreisfreie Stadt

Postal code: 76829

Country: Germany

Contact person: Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung – Niederlassung Koblenz, Zentrale Vergabestelle FbT, Hofstraße 257a, 56077 Koblenz

E-mail: VOFVergabe.Koblenz@LBBnet.de

Telephone: +49 2619701-0

Fax: +49 2619701-444

Internet address(es):

Main address: <http://www.LBBnet.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYEEG/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://lbb.vergabe.rlp.de/VMPSatellite/notice/CXPLYDYEEG>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Economic and financial affairs

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement**II.1.1. Title**

20D0045 – Neubau Polizeipräsidium Rheinpfalz in Ludwigshafen/Rhein – Prüfstatik und Bewehrungsabnahme

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die baustatische Prüfung der Tragwerksplanung eines Hochbaus (statische Berechnung, Konstruktionszeichnungen, Erdbebensicherung in Erdbebenzone 1) nach LVO, die Überprüfung sonstiger Leistungen wie des Gründungsverbaus, sowie die Bauüberwachung in statisch-konstruktiver Hinsicht.

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DEB34 Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt

II.2.4. Description of the procurement

Das Land Rheinland-Pfalz plant die Errichtung eines neuen Polizeipräsidiums in der Innenstadt von Ludwigshafen/Rhein. Aufgrund der städtebaulich exponierten Lage und der gewünschten hohen gestalterischen Qualität, welche gleichzeitig die Unterbringung auf engem Grundstück mit hohen sicherheitstechnischen Anforderungen an ein modernes Polizeipräsidium berücksichtigen muss, wurde ein nichtoffener Realisierungswettbewerb ausgelobt.

Das Grundstück an der Heinigstraße hat eine Fläche von ca. 4 360 qm. Es liegt an einer mehrspurigen Hauptverkehrsachse, in direkter Nähe befindet sich die Hochstraße, welche die Städte Ludwigshafen und Mannheim verbindet. An 2 Seiten ist das Grundstück von mehrgeschossiger Wohnbebauung umgeben. Flächen für die Baustelleneinrichtung und Anlieferung sind nur in einem sehr geringen Maß verfügbar.

Der Neubau wird eine Fläche von ca. 10 500 qm NUF 1-6 besitzen. Die Planungen sehen ein Gebäude mit drei Tiefgeschossen vor. Die Baugrubensohle befindet sich rund 15 m unter GOK, der Grundwasserspiegel erfordert eine dauerhafte Wasserhaltung in der Baugrube. Der Verbau soll als Schlitzwand erfolgen. Um die Grundstücksgröße optimal ausnutzen zu können stellt der Verbau gleichzeitig eine verlorene Schalung für die UG-Wände dar. Rückwärtige Verankerungen verbleiben ebenfalls im Boden. Da der Baugrund teilweise Kontaminationen > Z2 nach LAGA aufweist, nimmt die Baugrubenerstellung einen längeren Zeitraum in Anspruch. Der Hochbau selbst besteht aus 2 Gebäudeteilen. Der niedrigere Teil besitzt mit acht Geschossen eine Höhe von rund 28,75 m, der hohe Teil hat eine Höhe von rund 44,15 m mit zwölf Geschossen. Die 2 Baukörper sind verschoben zueinander angeordnet.

Der Auftrag umfasst die Prüfung der Tragwerksplanung, sowie der Bauausführung (Bewehrungsabnahme) des Neubaus.

Die geschätzten Gesamtkosten betragen ca. 92,5 Mio. EUR.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit / Weighting: 15

Quality criterion - Name: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit / Weighting: 85

Price - Weighting: 0

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 315 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 47

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt nach Prüfung der Vollständigkeit der nach III.1.1. bis III.1.3. vorzulegenden Erklärungen und Nachweise auf der Grundlage einer einheitlichen Bewertungsmatrix, welche in den Vergabeunterlagen („Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“) aufgeführt und näher erläutert ist. Folgende Eignungskriterien werden gewertet: Jahresumsatz, Beschäftigtenzahl, Zahl der technischen Fachkräfte (§ 46 (3) Nr. 2 VgV der Fachrichtung Tragwerksplanung, Studien- und Ausbildungsnachweise sowie Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung für die Inhaberin, den Inhaber oder die Führungskräfte des Unternehmens (§46 (3) Nr. 6 VgV), Anzahl und Qualität der Referenzen, Maßnahmen zur Qualitätssicherung.

Die Bewerber mit der höchsten Bewertung werden zur Verhandlung aufgefordert. Bei Punktgleichheit von mehr als 3 Bewerbern entscheidet das Los über die Teilnahme am weiteren Verhandlungsverfahren.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Prüfingenieur: Anerkennung als Prüfingenieur/in für Baustatik in Rheinland-Pfalz gemäß Landesverordnung über Prüfsachverständige für Standsicherheit (insbesondere § 3 PrüfSStbauVO).

Dies gilt auch für Personen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder einem nach Recht der Europäischen Gemeinschaft gleichgestellten Staat, wenn sie die in § 7a der o. g. Landesverordnung genannten Anforderungen erfüllen.

Bewerber bzw. Bieter werden ausgeschlossen, sofern diese oder deren Unterauftragnehmer im Zusammenhang mit dieser Baumaßnahme Planungs-, Beratungs- und Bauüberwachungsleistungen für Dritte oder andere Auftraggeber erbringen oder erbracht haben. Gleiches gilt für Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften, wenn mindestens ein Mitglied dieser Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft im Zusammenhang mit dieser Baumaßnahme eine der vorgenannten Leistungen für Dritte oder andere Auftraggeber erbringt oder erbracht hat.

Erklärung, ob die in den §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes).

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Als Nachweis ist mit dem Bewerbungsbogen vorzulegen: eine aktuelle Versicherungspolice einer Berufshaftpflichtversicherung aus dem Jahr 2020 oder alternativ eine schriftliche Erklärung der Versicherung ohne Vorbehalte und nicht älter als 3 Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer/die Arbeitsgemeinschaft muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr mindestens das Zweifache der Deckungssumme beträgt.

Bei einer Arbeitsgemeinschaft (ARGE) muss der Versicherungsschutz auf die ARGE ausgestellt sein. Alternativ kann eine gleichlautende Versicherung aller ARGE-Mitglieder vorgelegt werden, wenn gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE enthalten ist.

Erklärungen des Bewerbers (Einzelunternehmen bzw. Bewerbergemeinschaft) gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV über den allgemeinen Jahresumsatz. Die Jahresumsätze der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft bzw. der benannten Nachunternehmer, welche die Leistungen tatsächlich erbringen, werden aufaddiert.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandard werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers/der Arbeitsgemeinschaft mit einer Deckungssumme von mind. 3 000 000 EUR für Personenschäden und von mind. 5 000 000 EUR für sonstige Schäden bei einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder Kreditversicherers.

Der allgemeine Mindestjahresumsatz (brutto) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mind. 285 000 EUR pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der fachlichen Eignung hat der Bewerber Nachweise und Erklärungen gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 1, 2, 3, 6, 8, 9, 10 VgV, wie nachfolgend näher beschrieben, einzureichen.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Der Prüfsachverständige ist gem. § 46 Abs. 3 Nrn. 2 und 6 VgV namentlich zu benennen.

Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn die nachfolgenden Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind:

- Prüfsachverständiger der Fachrichtung Massivbau;
- Berufserfahrung des vorgesehenen Prüfsachverständigen > 5 Jahre;
- Nachweis der Zulassungsbescheinigung als Prüfsachverständiger für Baustatik (Prüfberechtigte und Prüfsachverständige für Standsicherheit).

Für den Bewerber/das Unternehmen sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren (Beginn ab 1.1.2009) erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- a) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme,
- b) Auftraggeber mit Name und Anschrift,
- c) Wertungskriterium 1: Bruttogrundrißfläche der Maßnahme (BGF nach DIN 277)
Wertungskriterium 2: Bruttogrundrißfläche einer mehrgeschossigen Tiefgarage (BGF gem. DIN 277),
- d) Leistungszeitraum (von/bis),
- e) Rechnungswert Honorar (netto).

Für den Prüffingenieur sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, die in den letzten 10 Jahren (Beginn ab 1.1.2009) erbracht wurden und die geforderten Mindeststandards erfüllen.

Zu den Referenzprojekten sind folgende Mindestangaben über ein Projektdatenblatt abzugeben:

- f) Kurzbezeichnung der Baumaßnahme,
- g) Auftraggeber mit Name und Anschrift,
- h) Wertungskriterium 1: Bruttogrundrißfläche der Maßnahme (BGF nach DIN 277)
Wertungskriterium 2: Bruttogrundrißfläche einer mehrgeschossigen Tiefgarage (BGF nach DIN 277),
- i) Leistungszeitraum (von/bis),
- j) Rechnungswert Honorar (netto).

Der Bewerber hat des Weiteren eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers in den letzten 3 Jahren sowie die Zahl seiner Führungskräfte in der Fachrichtung Tragwerksplanung ersichtlich ist (§ 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV).

Der Bewerber hat die Maßnahmen zur Qualitätssicherung zu beschreiben (§ 46 Abs. 3 Nr. 3 VgV) und anzugeben, welche Teile des Auftrages er unter Umständen als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt und – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu nennen (§§ 46 Abs. 3 Nr. 10, 36 VgV).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Als Mindeststandard werden gefordert:

Prüffingenieur: Anerkennung als Prüffingenieur/in für Baustatik in Rheinland-Pfalz gemäß Landesverordnung über Prüfsachverständige für Standsicherheit (insbesonderer §3 PrüfSStbauVO).

Dies gilt auch für Personen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat, wenn sie die in §7a der o. g. Landesverordnung genannten Anforderungen erfüllen.

Für die Referenzobjekte gelten folgende Mindestanforderungen:

1. Bewerber/ das Unternehmen:

Wertungskriterium 1:

Mind. 1 Referenz über die Tragwerksplanung einschließlich Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen eines Hochhauses nach der Musterhochhausrichtlinie (MHHR) mit mind. 8 000 qm Bruttogrundrissfläche nach DIN 277.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: Ingenieurtechnische Kontrolle (LPH 8) oder Bauausführung abgeschlossen.

Wertungskriterium 2:

Mind. 1 Referenz über die Tragwerksplanung einschließlich Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung des Tragwerks auf Übereinstimmung mit den geprüften statischen Unterlagen einer mehrgeschossigen Tiefgarage mit mind. 3 000 qm Bruttogrundrissfläche nach DIN 277. Aktueller Leistungsstand der Referenz: Ingenieurtechnische Kontrolle(LPH 8) oder Bauausführung abgeschlossen.

2. Prüfsachverständiger:

Wertungskriterium 1:

Mind. 1 Referenz über die Prüfung der Statik eines Hochhauses nach der Musterhochhausrichtlinie (MHHR) mit mind. 8 000 qm Bruttogrundrissfläche nach DIN 277. Aktueller Leistungsstand der Referenz: alle Prüfleistungen oder Bauausführung abgeschlossen.

Wertungskriterium 2:

Mind. 1 Referenz über die Prüfung der Statik einer mehrgeschossigen Tiefgarage mit mind. 3 000 qm Bruttogrundrissfläche nach DIN 277.

Aktueller Leistungsstand der Referenz: alle Prüfleistungen oder Bauausführung abgeschlossen.

Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bewerbers (Unternehmen) in den letzten 3 Jahren muss mind. 3 Beschäftigte betragen.

Die durchschnittliche jährliche Zahl seiner Führungskräfte der Fachrichtung Tragwerksplanung in den letzten 3 Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die in der Liste gem.

Landesverordnung über Prüfsachverständige für Standsicherheit (PrüfSStbauVO) Rheinland-Pfalz eingetragen sind.

Anzeigen und Bescheinigungen nach den Absätzen 2 und 3 des § 7a (4) PrüfSStBauVO sind nicht erforderlich, wenn bereits in einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland eine Anzeige erfolgt ist oder eine Bescheinigung erteilt wurde.

Juristische Personen oder Bewerbergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt.

Auswärtige Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist und wenn sie die in § 7a der Landesverordnung für Prüfsachverständige für Standsicherheit (PrüfSStbauVO) Rheinland-Pfalz genannten Anforderungen erfüllen.

III.2.2. Contract performance conditions

Die Teilnahme von Bewerbergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter (Prüfsachverständiger/Prüfsachverständiger) bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (siehe Bewerbungsbogen zum Teilnahmewettbewerb).

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 06/04/2020 Local time: 23:59

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1) Bewerbergemeinschaften (BGen):

BGen, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen.

Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden.

Bei BGen sind nur ein verantwortlicher Prüfsachverständiger/Prüfsachverständiger zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen.

2) Eignungsleihe (§ 47 VgV):

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB od. ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt

werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Bewerbungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

3) Unteraufträge (§ 36 VgV):

Beabsichtigt der Bewerber eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bewerber die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. – soweit bekannt – die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bewerber hat mit dem Teilnahmeantrag im Bewerbungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen.

4) Vergabeunterlagen/Teilnahmeantrag:

Für den Teilnahmeantrag sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare bzw. die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu verwenden u. bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Kontaktstelle vollständig ausgefüllt, elektronisch in Textform (§ 126b BGB) u. in deutscher Sprache über den Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) einzureichen.

Die Unterlagen sind im Projektraum im Bereich „Teilnahmeanträge“ hochzuladen.

Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Bewerbungsbogen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an der dafür vorgesehenen Stelle der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bewerber die Eigenerklärung abgibt.

Der Teilnahmeantrag muss die im Bewerbungsbogen geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Teilnahmeanträge/

Bewerbungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb:

Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem VMP RLP zur Verfügung gestellt.

Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote od. Teilnahmeanträge (vgl. Ziff. IV.2.2) heruntergeladen u. Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des VMP RLP.

6) Kommunikation:

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den VMP RLP.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postal address: Stiftstraße 9

Town: Mainz

Postal code: 55116

Country: Germany

E-mail: rlp@mwvlw.rlp.de

Telephone: +49 6131162234

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach

Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften,

1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen,

2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines

Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

VI.5. Date of dispatch of this notice

06/03/2020